



- es gilt das gesprochene Wort -

Demonstrationsfreiheit ja – Narrenfreiheit Nein! Freiheit braucht Verantwortung

von Demi Hablützel, Vizepräsidentin SVP und Präsidentin Junge SVP

Ich möchte über einen Begriff sprechen, der gerade für junge Menschen besonders wichtig ist: Freiheit. Die Freiheit, seine Meinung zu sagen. Die Freiheit, sich politisch zu engagieren. Die Freiheit, der Regierung zu widersprechen. Und selbstverständlich auch die Freiheit, auf die Strasse zu gehen und für seine Überzeugungen zu demonstrieren. All das gehört zu einer lebendigen Demokratie.

Aber es gibt etwas, das untrennbar mit Freiheit verbunden ist: Verantwortung. Und genau diese Verbindung scheint bei einem Teil der Demonstrationen in Basel verloren gegangen zu sein. Wir erleben seit Jahren unbewilligte Demonstrationen, blockierte Verkehrsachsen, Sachbeschädigungen und teilweise Gewalt. Allein 2025 wurden in Basel 394 Demonstrationen, Standkundgebungen und Mahnwachen registriert. 86 davon fanden ohne Gesuch statt.

Und trotzdem entsteht in der politischen Diskussion manchmal der Eindruck, das bewusste Missachten von Regeln müsse man eben akzeptieren, sobald dahinter ein politisches Anliegen steht. Das sehe ich anders. Tausende junge Menschen engagieren sich jeden Tag für unsere Gesellschaft. Sie arbeiten in Vereinen, organisieren Veranstaltungen, machen Politik, engagieren sich freiwillig oder gründen ein Unternehmen. Und überall gelten Regeln.

Wenn ein Verein einen Anlass organisiert, trägt er Verantwortung. Wenn jemand eine Veranstaltung durchführt, muss er Auflagen beachten. Wenn ein Gewerbetreibender den öffentlichen Raum nutzen möchte, kann er nicht einfach tun und lassen, was ihm gefällt. Warum soll ausgerechnet beim politischen Protest gelten, dass Regeln plötzlich optional sind? Das ist für mich keine Frage von links oder rechts. Es ist eine Frage des gegenseitigen Respekts. Denn Freiheit hört nicht beim Demonstranten auf.

Auch die ältere Frau, die mit dem Tram nach Hause möchte, hat Rechte. Auch der Angestellte, der rechtzeitig zur Arbeit kommen muss. Auch die Familie, die an einem Samstagnachmittag in die Stadt fährt. Auch der Geschäftsinhaber, der seinen Laden öffnen und seine Kunden empfangen möchte. Es gibt eben nicht nur die Freiheit zu demonstrieren. Es gibt auch die Freiheit, sich in unserer Stadt zu bewegen, Eigentum zu besitzen, einer Arbeit nachzugehen und sich sicher zu fühlen.

Selbst in der parlamentarischen Beratung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass neben der Versammlungsfreiheit auch andere Rechtsgüter betroffen sein können – darunter Eigentum, Wirtschaftsfreiheit, persönliche Freiheit und körperliche Integrität.

Unsere Gegner behaupten nun, die Anti-Chaoten-Initiative würde Menschen einschüchtern und vom Demonstrieren abhalten. Aber warum sollte sich jemand eingeschüchtert fühlen, der friedlich demonstriert und keine Gewalt ausübt? Die Initiative richtet sich gegen Störer.

Zulässige Spontandemonstrationen bleiben möglich. Und sie schützt sogar Demonstrationen vor denjenigen, die versuchen, eine Kundgebung mit Gewalt oder Nötigung zu verhindern.

Gerade deshalb stärkt unsere Initiative aus meiner Sicht auch die friedliche politische Auseinandersetzung. Denn wer friedlich demonstriert, sollte nicht erleben müssen, dass einige Vermummte die Kundgebung für ihre Zwecke missbrauchen, Gewalt ausüben und am Ende sämtliche Teilnehmer in Misskredit bringen.

Meine Generation fordert zu Recht viele Freiheiten ein. Aber dann müssen wir auch bereit sein, die andere Seite der Medaille zu akzeptieren. Freiheit und Eigenverantwortung gehören zusammen.

Das gilt im Alltag. Das gilt im Berufsleben. Und das muss auch gelten, wenn man demonstriert.

Deshalb ist meine Haltung sehr einfach: Friedlich demonstrieren ist ein Grundrecht. Gewalt und Sachbeschädigungen sind es nicht. Darum sage ich am 27. September Ja zur Anti-Chaoten-Initiative.